

Wir machen, was zählt.

Kommunalpolitische Erklärung von BÜNDNIS 90/Die GRÜNEN Saar

Ein neuer Fußgängerüberweg, der Windelbonus, die Friedhofsgebühren: In den Kommunen gestalten wir das Zusammenleben „von der Wiege bis zur Bahre“. Hier legen wir den Grundstein dafür, dass wir gut leben können – in einer intakten Umwelt und in einem Ort, der Halt gibt. Und zwar nicht nur heute, sondern auch morgen und übermorgen.

Uns Grüne leitet der Gedanke, dass es nicht reicht, nur auf das Hier und Jetzt zu blicken. Gute Politik muss eine gute Zukunft ermöglichen. Die großen Aufgaben, vor denen wir da- beistehen – der Zusammenhalt unserer Gesellschaft und Europas, der Schutz demokrati- scher Werte und Strukturen, die Sicherung unserer natürlichen Lebensgrundlagen in Zeiten der Klimakrise –, scheinen manchmal so umfassend, als wären sie außerhalb unserer Reich- weite. Aber das stimmt nicht.

Jede und jeder kann etwas tun, kann Veränderungen anstoßen und dazu beitragen, Gutes zu bewahren. Global denken, lokal handeln. An das Große denken, im Kleinen anfangen. Selbst handeln, statt abzuwarten. Hier kann Kommunalpolitik viel bewegen.

Am 09.06.2024 wählen die Saarländerinnen und Saarländer, wer sie in den Gemeinde- und Stadträten, in den Kreistagen und der Regionalversammlung Saarbrücken vertritt. Mit dieser Wahl stellen sie unsere Demokratie auf starke Füße.

Wir Grüne haben ein politisches Angebot für das ganze Land und stellen uns der Aufgabe, vor Ort passende Antworten zu finden. Die Städte und Gemeinden im Saarland sind so viel- fältig wie die Menschen, die dort leben. In dieser Vielfalt liegt eine Stärke. Frauen und Män- ner, Jüngere und Ältere, Alteingesessene und Neuangekommene – miteinander haben wir es in der Hand, eine gute Zukunft zu gestalten. Genau dort, wo wir leben.

Wir erhalten, was uns erhält.

Klimaschutz fängt in den Kommunen an. Nur mit ihnen schaffen wir die **Energiewende**. Des- halb werden wir weiter darauf hinwirken, dass in allen Städten und Gemeinden im Saarland ambitionierte Klimaschutzkonzepte umgesetzt werden.

Stadt- und Gemeindewerke entwickeln sich zu Motoren der Energiewende – wir wollen ihren Umstieg auf dezentrale, erneuerbare Stromerzeugung vorantreiben. Wir setzen uns dafür ein, dass der Energiebedarf der kommunalen Gebäude und Betriebe standardmäßig mit Ökostrom gedeckt wird, zum Beispiel mit selbst erzeugter Sonnenenergie. Wir unterstützen kommunale Wärmeplanungskonzepte, die Nah- und Fernwärme fördern. Wo diese nicht möglich sind, unterstützen wir die Umsetzung des Gebäudeenergiegesetzes durch gezielte Beratungsangebote. Bei kommunalen Gebäuden und Grundstücksverkäufen werden wir anspruchsvolle Richtlinien für energiesparendes Bauen setzen. Dabei spielen auch das Handwerk und weitere lokale Unternehmen eine wichtige Rolle.

Auch Maßnahmen zur **Klimafolgeanpassung** haben für uns Priorität. Bereits jetzt machen uns immer heißer werdende Sommer und zunehmende Wetterextremen zu schaffen. In den Kommunen müssen leicht erreichbare Trinkbrunnen, Schattenplätze, Kühlräume während der Hitzeperioden zum selbstverständlichen Angebot werden. Maßnahmen zur Bewältigung von Starkregen, Hochwasser, Stürmen und Trockenperioden sind für uns unabdingbar, damit unsere Kommunen auch in Zukunft lebenswert bleiben.

Vor Ort erhalten wir die **Artenvielfalt** und wertvolle Kulturlandschaften, zum Beispiel, indem eine Gemeinde zur pestizidfreien Kommune wird. Kommunale Flächen, Wälder und Gewässer sollen umweltverträglich und nachhaltig bewirtschaftet werden. Wir wollen die Lebensräume von lokalen Tier- und Pflanzenarten schützen und dazu Natur- und Landschaftsschutzgebiete erhalten und weiterentwickeln. Wir setzen uns für eine **ökologische Landwirtschaft** ein und arbeiten dazu partnerschaftlich mit den Landwirtinnen und Landwirten zusammen.

Wir setzen auf eine gentechnikfreie Land- und Lebensmittelwirtschaft und unterstützen es, wenn sich Kommunen zu gentechnikfreien Regionen zusammenschließen wollen. Bei der Stadt- und Dorfentwicklung soll Innenentwicklung Vorrang haben, weil wir sparsam und schonend mit Flächen umgehen wollen.

Im Saarland wollen wir die Verkehrswende schaffen. Um **nachhaltige Mobilität** voranzubringen, wollen wir den öffentlichen Nahverkehr, Rad- und Fußwege in den Kommunen weiter ausbauen. Wir arbeiten daran, dass in jedem Ort von frühmorgens bis spätabends mindestens stündlich Bus, Bahn oder Ruftaxi fahren. Der Ausbau der Radinfrastruktur für den Alltag ist uns wichtig, genauso wie sichere Fuß- und Schulwege. Die Vernetzungsmöglichkeiten der Verkehrsmittel müssen ausgebaut werden, insbesondere für die sog. „letzte Meile“. Zeitlich uneingeschränkte Mitnahmemöglichkeiten von Fahrrädern in Bussen und Bahnen sind zu gewährleisten.

Durch ein breites Angebot an Parkplätzen an Bahnhöfen oder zentralen Haltestellen kann der Umstieg auf den öffentlichen Nahverkehr auch aus abgelegenen Gegenden erleichtert werden. Auch Park&Ride Parkplätze in der Nähe von im Berufsverkehr besonders belasteten Strecken können für Verbesserung sorgen.

Unsere Kommunen sind wichtige Multiplikatoren bei der flächendeckenden Verbreitung der Elektromobilität. Wir werden die Elektromobilität vor Ort fördern, Sharingsysteme (Carsharing, ...) stärken und die Elektrifizierung von Fahrzeugflotten und den Ausbau der Ladeinfrastruktur unterstützen. Wir denken Verkehrspolitik und Stadtplanung in Verkehrskonzepten zusammen, um sichere und kurze Wege zu ermöglichen. Dabei setzen wir auch für Barrierefreiheit ein.

Die **kommunale Wirtschaftspolitik** soll nachhaltig ausgerichtet sein. Wir begrüßen das Engagement von Städten und Gemeinden, die eine von deutschlandweit etwa 500 fairen Kommunen und weltweit über 2.000 Fairtrade-Städte-Towns werden wollen.

Beschaffungs- und Ausschreibungsrichtlinien sollen regionale, umweltverträgliche Produkte bevorzugen und ökologische und soziale Standards setzen. Mit ökologischer Kreislaufwirtschaft wollen wir wertvolle Rohstoffe schonen sowie die Müllvermeidung und Wiederverwertung weiter voranbringen. Eine **nachhaltige kommunale Finanzpolitik** ist die Voraussetzung dafür, dass wir auch zukünftigen Generationen eine gute Daseinsvorsorge erhalten. Sowohl der kommunale Schuldenabbau als auch Sanierungen von Infrastruktur sind Teil von Generationengerechtigkeit. Die Landesregierung muss hier die Kommunen bei der Finanzierung wichtiger Zukunftsinvestitionen unterstützen.

Wir stärken den Zusammenhalt.

Alle Menschen sollen an unserer Gesellschaft **teilhaben** können. Für Menschen mit geringem Einkommen sollen Vergünstigungen für ÖPNV, Schwimmbad, Bücherei und Co. gewährt werden. **Integration** findet vor Ort statt – für uns zählt dabei Verbindendes, nicht Trennendes. Wir setzen dabei auf eine gute Zusammenarbeit von Kommunen, Ehrenamtlichen, Integrationsbeiräten und sowie sozialen und gesellschaftlichen Organisationen. Ob bei Behinderung, Krankheit, Lebenskrisen oder im Alter: Wir wollen wohnortnahe und niedrigschwellige Unterstützungsangebote, die die betroffenen Menschen einbeziehen, auffangen.

Dabei berücksichtigen wir Chancen und Risiken des demographischen Wandels, der unsere Gesellschaft tiefgreifend verändern wird. Menschen leben länger und sind durch bewussten Lebenswandel oft fit und gesund bis ins hohe Alter. Nach Abschluss ihres Berufslebens verfügen sie über ein Mehr an Zeit, das viele auch für soziale Aufgaben nutzen können und wollen.

Das Saarland ist Ehrenamtsland: Brandschutz, technische Hilfe, Rettungsdienst, Zivil und Katastrophenschutz, Lern- und Lesepatzen, soziale Dienstleistung in der Alten- und Pflegebetreuung – die ehrenamtliche Hilfe ist vielfältig, unverzichtbar und stärkt den Zusammenhalt im Gemeinwesen.

Mit einer **sozialen und ökologischen Stadt- und Ortsentwicklung** stärken wir den Zusammenhalt der Generationen durch Begegnung und Austausch. Wir wollen Nachbarschaften, Stadtviertel und Dörfer so gestalten, dass Alt und Jung gut und selbstbestimmt zusammenleben. Je älter wir werden, desto mehr gewinnt die Kommune als Lebensort an Bedeutung. Wie selbstständig wir unser Leben gestalten können, ob und welche Hilfen zur Verfügung stehen, hängt entscheidend davon ab, wie sich Kommunen auf die Herausforderungen einstellen, die mit einem wachsenden Anteil älterer Menschen in unserer Gesellschaft verbunden sind. Kommunen, die diese Herausforderung annehmen und gestalten, werden nicht nur bessere Wohnorte für ältere Menschen, sondern für alle Bürgerinnen und Bürger.

Leitlinien sind für uns deshalb lebendige Ortskerne und belebte Plätze, kurze Wege, Barrierefreiheit, fußläufig erreichbare Nahversorgung, eine Vernetzung medizinischer Versorgung und verständliche Informationsstrukturen.

Wohnen muss bezahlbar sein. Deshalb sollen Kommunen beim Wohnungsbau einen relevanten Anteil mietpreisgebundener Wohnungen vorgeben und selbst in den **sozialen Mietwohnungsbau** investieren. Das Errichten kommunenübergreifender Leerstandsregister könnte Abhilfe schaffen. Wir unterstützen auch Baugemeinschaften und Genossenschaften, die preiswerten Wohnraum schaffen. Das Zweckentfremdungsverbot halten wir für ein sinnvolles Instrument, um Leerstand und die Umwandlung von Wohnungen in Gewerbeflächen zu verhindern. Wo Wohnraummangel herrscht, ermuntern wir Kommunen, eine Zweckentfremdungssatzung zu erlassen.

Gute frühkindliche Bildung und Betreuung und gut ausgestattete **Schulen** haben für uns Priorität. Ein guter Personalschlüssel in Kitas ist unabdingbare Grundlage. Sozial gestaffelte Beiträge sollen sicherstellen, dass die kommunalen Angebote für alle offen stehen. Eine hochwertige Bildungsqualität ist von großer Bedeutung und uns wichtiger als Beitragsfreiheit für alle. Dazu zählen Bildung für nachhaltige Entwicklung, Sprachlernen, Erkennen von Förderbedarf, inklusive Angebote und eine gute Verzahnung von Kindergarten und Schule. Die Förderung der kindlichen Neugierde und der natürlichen Lernbereitschaft sind die Basis guten Lernens. Gleiches gilt für die Schulen, die durch baulich guten Zustand eine attraktive Umgebung für gutes Lernen und guten Unterricht bieten sollen.

Energieeffiziente Gebäude und entsiegelte Flächen in der Schulumgebung sollen nachhaltiges Lernen am Praxisbeispiel unterstützen, Barrierefreiheit ist Grundvoraussetzung für

inklusive Lernen. Offene Lernangebote, wie z.B. Projekte außerhalb der Schule sollen von der Kommune gefördert werden. Mitbestimmung aller an der Schule Beteiligten und das Aushandeln von Kompromissen festigen Demokratielernen.

Wir unterstützen die Schulen bei den Herausforderungen der Digitalisierung. Es muss sichergestellt sein, dass möglichst in allen Kommunen, zumindest aber in erreichbarer Nähe eine gebundene Ganztagschule eingerichtet wird.

Wir fördern kluge Ideen und vielfältige Perspektiven.

Wir leben Bürgerbeteiligung und wollen eine **Politik des Gehörtwerdens**. Die öffentliche Verwaltung begreifen wir deshalb wortwörtlich: Die Öffentlichkeit soll über anstehende Projekte frühzeitig informiert und Bürger*innen zu wichtigen Planungen angehört und beteiligt werden. Vorberatungen in Ausschüssen sollen, wo es geht, öffentlich sein. Auch das Internet soll zur Mitwirkung genutzt werden. Vorlagen und Protokolle aus öffentlichen Sitzungen sollen überall online zur Verfügung gestellt werden. Wir wollen die Chancen und Potenziale der Digitalisierung in der öffentlichen Verwaltung gezielt nutzen, um den Bürgerservice zu modernisieren und zu verbessern.

Wir verwirklichen **Chancengleichheit**. Wir setzen uns dafür ein, dass alle Geschlechter gleichberechtigt in der Kommunalpolitik vertreten sind und gehen als Grüne mit gutem Beispiel voran, indem wir unsere Listen paritätisch oder mit mehr Frauen aufstellen.

Eine Betreuungsinfrastruktur für Kinder und Pflegebedürftige soll die Teilnahme aller Care-Arbeit Ausübenden gewährleisten. Die Büros der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten müssen gut ausgestattet sein, um wirkungsvoll arbeiten zu können. **Jugendliche** müssen ihre Ideen und Einschätzungen in die Kommunalpolitik einbringen können. Die Beteiligung der Jugendvertretungen, ob Jugendgemeinderat oder Jugendforum, wollen wir bei Themen, die Jugendliche betreffen, engagiert umsetzen. Denn das ist eine Bereicherung für die Politik vor Ort und stärkt unsere Demokratie.

Kunst und Kultur besitzen im Saarland einen hohen Stellenwert. Ziel unserer Kulturpolitik ist es, Qualität und Vielfalt zu ermöglichen – sowohl in der Spitze als auch in der Breite. Deshalb arbeiten wir vor Ort daran, die notwendigen Freiräume für kreative und innovative Ideen zu schaffen. Alle Bürgerinnen und Bürger sollen an Kunst und Kulturteilhaben können.

Wir fördern **innovatives Wirtschaften**. Wir wissen, dass wir im Saarland immer wieder neue Ideen brauchen. Darum sehen wir die Förderung von Start-ups und neuen Talenten als große Aufgabe der kommunalen Wirtschaftsförderung. Wir wollen die Potenziale regionaler Wirtschaftskreisläufe und einer gemeindeübergreifenden Zusammenarbeit nutzen. Wir

richten die regionale und kommunale Wirtschaftsförderung dabei an nachhaltigen Kriterien aus: Wir wollen regionale Produkte und Dienstleistungen, nachhaltigen Tourismus, Klimaverträglichkeit und den sparsamen Umgang mit Gewerbeflächen fördern. Wir setzen auf **den Gedanken der Gemeinwohlökonomie** – eine Wirtschaftsweise, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt.